



Bündnis 90/Die Grünen-Ortsverband – Rathausplatz 3 – 33378 Rheda-Wiedenbrück

An den  
Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück  
Herr Bürgermeister Theo Mettenborg  
Rathausplatz 13

33378 Rheda-Wiedenbrück

Bündnis 90/Die Grünen  
Ortsverband Rheda-Wiedenbrück  
Rathausplatz 3  
33378 Rheda-Wiedenbrück

Rheda-Wiedenbrück den 20.05.2021

Ergänzung zum Antrag vom 20.05.2021 "Rheda-Wiedenbrück 2035 klimaneutral"

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,

In Ergänzung zu unserem Antrag vom 20.05.2021 „Rheda – Wiedenbrück 2035 klimaneutral“ hat die Fraktion einen Fragenkatalog zusammengestellt. Dieser bezieht sich im Wesentlichen auf das integrierte Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2012 welches zwingend aktualisiert und fortgeschrieben werden muss.

Die zu erarbeitenden Antworten sollen zum einen Bestandsanalyse der bisherigen Umsetzung und zum anderen weitere Grundlage und Orientierung für Maßnahmen der Emissionsminderung, vor allem in den größten Co2 emittierenden Sektoren unserer Stadt sein.

Dies auch um den geforderten klimapolitischen Herausforderungen und Geboten der kommenden Jahre begegnen zu können.

Lt. Beschluss des ersten Senats des Verfassungsgerichts vom 24.3.2021 wurde festgestellt: Der Klimaschutz ist eine generationenübergreifende Aufgabe die zu den größten Herausforderungen der Menschheit zählt. Es ist daher der dringende Auftrag jeder öffentlichen Verwaltung, die Bemühungen um den Klimaschutz deutlich auszuweiten und zu verbessern.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte daher in Erfahrung bringen, welche Erfolge die Maßnahmen gebracht haben und welche Ziele erreicht wurden. Aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2020 wollen sie bitte zusätzlich das Jahr 2019 beziffern. Im Einzelnen wollen Sie bitte darstellen:

- 1 CO2 Emissionen im Jahr 2019 und 2020 im Vergleich zu 2009 aufgeschlüsselt in folgende Verbrauchssektoren:
  - 1.1 Private Haushalte
  - 1.2 Wirtschaft Sektoren I und II
  - 1.3 Wirtschaft Sektor III
  - 1.4 Öffentliche Liegenschaften
  - 1.5 Mobilität
- 2 Welche Maßnahmen sind durch die Stadt tatsächlich umgesetzt worden, um CO2 Einsparungen zu erzielen? Bitte aufschlüsseln in die Bereiche:
  - 2.1 Private Haushalte
  - 2.2 Wirtschaft Sektoren I und II
  - 2.3 Wirtschaft Sektor III
  - 2.4 Öffentliche Liegenschaften
  - 2.5 Mobilität
- 3 Welche Technologien kamen dabei zum Einsatz? Bitte um Darstellung nachfolgender Technologien:
  - 3.1 Solarthermie
  - 3.2 Photovoltaik
  - 3.3 Nah-/Fernwärme
  - 3.4 Nachtspeicher
  - 3.5 Dezentrale Klein-BHKW (Blockheizkraftwerk)
  - 3.6 ggf. weitere Technologien
- 4 Welche finanziellen Mittel hat die Stadt für die Erreichung der Ziele des Klimaschutzkonzepts eingesetzt? Dies aufgeschlüsselt in die Bereiche und Technologien:
  - 4.1 Private Haushalte
  - 4.2 Wirtschaft Sektoren I und II
  - 4.3 Wirtschaft Sektor III
  - 4.4 Öffentliche Liegenschaften
  - 4.5 Mobilität
  - 4.6 Solarthermie
  - 4.7 Photovoltaik
  - 4.8 Nah-/Fernwärme
  - 4.9 Nachtspeicher
  - 4.10 Dezentrale Klein-BHKW (Blockheizkraftwerk)
  - 4.11 ggf. weitere Technologien



- 5 Welche aktuellen Maßnahmen hat die Stadt geplant oder bereits ergriffen, um die weitere Einsparung von CO2 voran zu treiben? Dies aufgeschlüsselt in die Bereiche und Technologien:
- 5.1 Private Haushalte
  - 5.2 Wirtschaft Sektoren I und II
  - 5.3 Wirtschaft Sektor III
  - 5.4 Öffentliche Liegenschaften
  - 5.5 Mobilität
  - 5.6 Solarthermie
  - 5.7 Photovoltaik
  - 5.8 Nah-/Fernwärme
  - 5.9 Nachtspeicher
  - 5.10 Dezentrale Klein-BHKW (Blockheizkraftwerk)
  - 5.11 ggf. weitere Technologien
- 6 Mit welchen anderen Städten in Deutschland und Europa gibt es Kooperationsbündnisse im Bereich des Klimaschutzes?

Wir möchten Sie bitten, die im Stadtrat vertretenen Fraktionen schnellstmöglich und umfassend zu informieren.

**Begründung:**

Mit dem Beschluss des Ersten Senats des Verfassungsgerichts vom 24. März 2021, welches in seinem Umfang und seinen Konsequenzen direkt beim Bundesverfassungsgericht unter

[https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324\\_1bvr265618.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html)

eingesehen werden kann, wurde festgestellt, dass der Klimaschutz als generationenübergreifende Aufgabe derzeit nicht ausreichend umgesetzt wird. Es ist daher die dringende Aufgabe jeder öffentlichen Verwaltung, die Bemühungen um den Klimaschutz deutlich auszuweiten und zu verbessern.

Mit freundliche Grüßen

Volker Brüggenjürgen  
- Fraktionsvorsitzender -

Hans-Herman Heller-Jordan  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -